

1332/J

09. Juli 2007

ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Bösch, Strache, Neubauer
und weiterer Abgeordneter

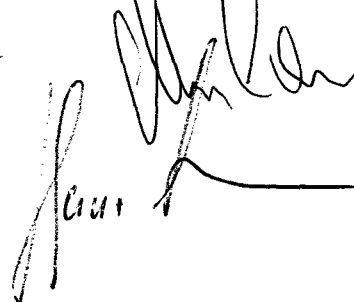
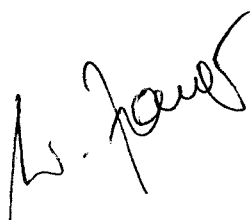
an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten
betreffend eventueller Rechtsverbindlichkeit der Grundrechte-Charta und deren
Folgen

In der Neuauflage eines Vertragwerks für die Europäische Union soll die
Grundrechte-Charta durch einen Verweis Rechtsverbindlichkeit erhalten. In dieser
Grundrechte-Charta werden Menschenrechte aller Art beschworen – vom „Recht auf
Leben“ über die „Nichtdiskriminierung“ bis hin zur „Sozialen Sicherheit“.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die
Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten folgende

Anfrage:

1. Sehen Sie die Möglichkeit, im Falle einer möglichen Rechtsverbindlichkeit der
Grundrechte-Charta das völkerrechtlich garantierte Recht der Südtiroler auf
Selbstbestimmung umzusetzen?
2. Wenn ja, warum und wie?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Sind Sie der Meinung, dass eine mögliche Rechtsverbindlichkeit der
Grundrechte-Charta eine zwingende Abschaffung der Benes-Dekrete in der
Republik Tschechien zur Folge hätte?
5. Wenn ja, warum und wie?
6. Wenn nein, warum nicht?
7. Sind Sie der Meinung, dass eine mögliche Rechtsverbindlichkeit der
Grundrechte-Charta eine zwingende Abschaffung der Avnoij-Beschlüsse in
der Republik Slowenien zur Folge hätte?
8. Wenn ja, warum und wie?
9. Wenn nein, warum nicht?



Wien am

09. JULI 2007